

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.20 monatlich 40 Pf. bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr vierteljährlich M. 1. ausserhalb desselben M. 1. hierzu Bestellgeld 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle etc.

mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg. die kleinspaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Abonnements nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 280.

Mittwoch, den 29. November

1905.

Die politische Lage im Reich.

Aus der Rede des Reichstagsabg. Konrad Haushamm auf dem Unterländer Parteitag in Dietzheim.

Der Redner führte u. a. aus: Der Einfluß von Württemberg auf den Gang der Dinge im Reich ist klein. Uebersehen wir uns nicht. Wir sind nur ein kleiner Teil des Reichs und im großen und ganzen gehen die Dinge in Berlin so wie man in Preußen herrscht, oder richtiger gesagt, wie man es von der königlichen Spitze in Preußen wünscht. Immerhin haben wir eine föderative Gliederung, und man hält an dem Grundsatz fest, daß auch die Einzelstaaten, wenn auch in ziemlich verkürztem Maße, mit ihren Wünschen und Anliegen und ihrer Auffassung über die politische Entwicklung zum Wort kommen sollen. In Württemberg selbst gibt es wieder verschiedene Richtungen: konfessioneller Art mit viel Beimischung von schwarz, und gouvèrnementaler Art, die allerdings ihre Bedeutung verloren hat, nationalliberaler Richtung, die neuerdings etwas liberaler geworden ist, nachdem sie auch nicht stärker an Zahl geworden und vielleicht darin einen stärkeren Impuls gefunden hat, wieder liberal zu werden. Sodann der Bauernbund, jener wunderbare Ableger des Bundes der Landwirte. Drogen in Norddeutschland schämen sie sich Bauer zu sagen, dort sagen sie Bund der Landwirte, in Württemberg sagen sie Bauernbund. Im großen und ganzen leben die Herren von den Brosamen, die vom Tische des Bundes der Landwirte fallen und da in geistiger Beziehung in letzter Zeit wenig Kuchen serviert wurde in Norddeutschland, sind auch wenig Brosamen abgefallen. Dann die Sozialdemokraten, die auf den Grundsatz eingeschworen sind, daß nur eine völlige Umwandlung unserer ganzen Gesellschaft und die Aufhebung des Privatvermögens eine Besserung bringt. Aus dieser Aufzählung schon geht hervor, daß die Volkspartei nur ein Bruchteil dessen ist, was in Württemberg in politischer Beziehung tätig ist. Diese Stellung beleuchtet zugleich die Schwierigkeit unserer Arbeit im Reichstag. Sind wir dort schon schwach vertreten, so ist unsere Arbeit noch erschwert durch den Mangel einer einheitlichen Richtung unter den einzelnen freistimmigen Gruppen. Und doch hat sich herausgestellt, daß die geistige Mitarbeit von uns Süddeutschen nicht entbehrt werden kann, obwohl wir freier und unabhängiger denken als viele Andere, oder vielleicht gerade deswegen. Wir sind zu klein, um allein den Kurs der stolzen deutschen Fregatte zu bestimmen, aber wir dürfen nicht darauf verzichten, unsere Eigenart zu pflegen und uns als freie Schwaben zu fühlen, wir wollen, auch wenn es in Deutschland reaktionär zugeht, in unseren eigenen Grenzpfählen die Bahn frei machen im Geistesleben und dastehen in Deutschland als ein Stamm, von dem man sagt, er ist dem Fortschritt zuge-

tan auf politischem, wirtschaftlichem und religiösem Gebiet.

Mit solchen Gedanken ist man schwer belastet, wenn man übermorgen zum Reichstagsbeginn nach Berlin fahren muß. Dort ist eine andere Atmosphäre. Die Beziehungen zu Rußland, Oesterreich und Italien wird Fürst Bülow wieder mit viel Berliner Blau schildern, man weiß was diese Beziehungen bedeuten. Die Haupt Sorge im Reich sind gegenwärtig Steuerfragen. Die Reichspolitik hat sich zu zwei Dritteln immer erschöpft in neuen Steuern und Ausgaben für neue Rüstungen. Von der Reichsregierung geht so wenig sammelnde programatische Kraft aus. Man lebt von der Hand in den Mund bis man mit großen Anleihen oder neuen Steuer vorlagen hervortreten muß. Nun ist die Finanzreform da. Groß kann sie nur mit Bezug auf die Summen genannt werden. Auf den Frachtverkehr, also auf den Verkehr in gewerblichen und landwirtschaftlichen Waren, sollen 41 Millionen Abgaben gelegt werden. Die Quittungssteuer soll 16 Millionen erbringen. Es wird sich fragen, ob diese 16 Millionen im Verhältnis stehen zu der Belastung, die dem Verkehrsleben erwachsen, bei einer Bevölkerung die sich mit großer Anstrengung allmählich frei gemacht hat von lästigen Fesseln. Eine Personalfahrkartensteuer soll 12 Millionen erbringen. Diese Steuer soll auferlegt werden in dem Augenblick wo wir wünschen, daß die Tarife herabgesetzt, daß der Verkehr von Mensch zu Mensch sich rascher vollziehen, daß die Menschen hinausgehen sollen über ihre Dörfer. Man weist auf andere Länder hin, wo diese Steuer auch eingeführt sei, vergißt aber hinzuzufügen, daß dort die Bahnen im Privatbesitz sind und daß der Staat in der Form der Steuer diese Betriebe zu den öffentlichen Abgaben heranzieht. Aber ein Widerstand ist die Steuer auf Fahrkarten da, wo man wie in Deutschland, zum Staatsbahnbetrieb übergegangen ist. Der Staat beschließt den Preis für die Fahrkarte und dann schlägt derselbe Staat nochmals auf diesen Preis eine Steuer. Der Preis für die Fahrkarte muß so festgesetzt werden, wie ihn der Verkehr ertragen kann, ist diese Summe gefunden, dann bedarf es nicht der Hand des Steueramtes, um den Preis zu erhöhen. Die Bier- und Tabaksteuer sollen hundert Millionen erbringen. Das sind neue indirekte Steuern, die den mittleren und kleineren Brauereien und Betrieben den Kampf um die Existenz nicht erleichtern, sondern erschweren. Die Erbschaftsteuer soll 72 Millionen erbringen. Nun haben wir in Württemberg schon eine Erbschaftsteuer, zu dieser soll jetzt auch die Reichsteuer kommen. Und wenn einmal die Reichserbschaftsteuer eingeführt ist, dann ist es nur noch ein Schritt zur Ausdehnung der Steuer auch auf Frau und Kinder; es brauchen nur die Taschen wieder leer zu sein.

Der Augenblick für eine Steuererhöhung ist sehr unglücklich gewählt. Treten doch am 1. April die neuen Handelsverträge in Kraft mit den erhöhten Schutzöllen. Wie kann man, bevor man diese Erträge kennt, eine solche Summe neuer Reichsteuern verlangen? Das erweckt kein Vertrauen in die Reichspolitik. Die deutsche Bevölkerung ist nicht reich genug, um nicht zu wünschen, daß im Reich etwas ökonomischer und sparsamer gewirtschaftet werde. Außerdem sollte man den Hut haben, an die Liebesgaben heranzutreten, die den Branntweimbrennern gereicht werden und die dem Staat verloren gehen. Warum braucht man neue Steuern? Weil man in Berlin nie hauszuhalten verstanden hat. Wenn man von Württemberg, wo man sich die Ausgabe von einigen tausend Mark gründlich überlegt, nach Berlin kommt, kommt man sich vor wie ein armer Provinzialer, denn in Berlin lebt man auf dem Millionenstandpunkt. Vor allem zieht jetzt die Flotte die Aufmerksamkeit auf sich. Es zeigt sich jetzt, daß bei den fortgesetzten nachselben Ansichten der Regierung es nicht richtig war, eine Vorlage auf Jahre hinaus zu bewilligen. Auf Europa liegt gegenwärtig ein gewisser atmosphärischer Druck. Wenn wir diesem Druck Rechnung tragen und in gewissen nach Außen nicht so offen in die Erscheinung tretenden Dingen der Politik der Regierung einen gewissen Nachdruck geben sollen, so kann man darüber sprechen, ob man die durch das Flottengezetz bewilligten Schiffe nicht in etwas kürzerer Zeit bauen soll. Man wird sich auch darüber ehrlich belehren lassen, ob gewisse Schiffstypen nicht durch andere überholt sind. Man wird genau den Standpunkt einnehmen müssen wie bei der Aenderung in der Bewaffnung, daß das Beste und das sicherste gerade gut genug ist für den schlimmsten Fall, dem unsere Brüder ausgesetzt sein könnten. Kommt man aber auf diesem Gebiet der Regierung entgegen, so wird man auch die Rücksicht verlangen dürfen, daß sie die Ausgaben für die Flotte der alljährlichen Bewilligung unterstellt. Die Flottenvorlagen auf einen langen Zeitraum sind nichts anderes als verhälltes Mißtrauen gegen die Volksvertretung. Dem Volk werden die Hände gebunden. Deshalb vertreten wir ein wichtiges Prinzip, wenn wir verlangen, daß es mit den Ausgaben für die Rüstungen nicht anders gehalten werden soll, als mit anderen Staatsausgaben, die durch den Etat laufen. Jeder Bürger muß prüfen können die politische Lage in Europa, die Lage des Volks und der Staatskasse.

Von den Kolonien zu reden sei nicht erfreulich. Bisher ist gegenüber den ungeheuren Aufwendungen ein außerordentlich kleiner Erfolg zu verzeichnen. Der Kampf, der im Südwesten von Afrika geführt wird, macht uns das Herz bluten, nicht nur wegen der Deutschen, die dort ihr Leben lassen müssen, sondern auch wegen des Ge-

In weiter Welt.

Roman von Reinhard Bächner.

12

Sie bildete es still, wenngleich sie noch mit gesenktem Haupte dasaß und ihn nicht anblidte.

Halbblau, zuweilen flodend, erzählte er ihr von der Zeit, wo er die schöne Suska zuerst gesehen und von dem Hauber, den sie schon damals auf ihn ausgenüht.

„Und warum hast Du ihr damals nicht Herz und Hand angetragen, wo Du noch frei warst?“ fragte Hildegard.

Er schwieg einen Moment, dann umging er die Wahrheit und antwortete: „Aus einzelnen Aeußerungen der alten Fürstin entnahm ich, daß ich keine Hoffnung habe, von der Komtesse Mikoslawska erhört zu werden, es würde mir klar, daß sie eine Kolette der schlimmsten Art sei, der es daran gelegen hätte, mich an ihren Triumphwagen zu spannen. Ich zog mich zurück und hoffte, ihr nie wieder im Leben zu begegnen.“

„Und als Du sie dennoch trafest,“ drängte Hildegard ihn zum Weiterreden.

„Ja,“ sagte er, tief aufseufzend, „von dem Moment an begann meine, mir jetzt unerklärliche Schuld und Verbildung. Ich fühlte wieder den Hauber, die dämonische Gewalt ihrer Kläbe und hatte nicht die Kraft, zu widerstehen.“

„Wie die unglückliche Motte blindlings in das Licht fliegt, so zogen mich diese Feuerwagen an, und doch mußte ich diese Frau verachten, wirklich lieben konnte ich sie nicht! Hatte ich doch Besseres kennen gelernt, Deine reine Liebe, meine Hildegard!“ Er wagte es jetzt, sie sonst an sich zu ziehen.

Sie blidte durch Tränen zu ihm auf und sagte: „So versprech mir, Paul, bei allem, was Dir teuer ist, diese Gräfin Grabski nie wieder zu sehen, nie wieder mit ihr in Verbindung zu treten, weder mündlich noch schriftlich, und heute noch mit mir Warschau zu verlassen!“

„Alles, alles will ich versprechen, was Du begehrst, und was ich selbst jetzt als mein Glück und meine Pflicht ansehe,“ beteuerte der Graf. „Und darf ich dann hoffen,“ fügte er zärtlich hinzu, „daß Du mit der Zeit vergessen und vergeben wirst, daß meine geliebte kleine Frau mir nicht für immer verloren sein wird?“

Hildegard ließ ihr Köpfchen auf seine Schulter sinken und weinte still, er zog sie in seine Arme.

Während das Orlovskysche Ehepaar jetzt eine verhältnismäßig ruhige, glückliche Zeit verlebte, müssen wir einmal wieder einen Blick tun in das alte Haus der Familie Römer in Hamburg.

Eduard hatte während der Wintermonate oft gekränkelt, nichtsdestoweniger aber seine Studien nur selten unterbrochen, er und sein Freund Karl Brinken standen jetzt dicht vor dem Abiturienten-Examen.

Den Plan zu einer längeren Erholungsreise mit Eduard hat der Senator bereits entworfen und oftmals mit seinem Sohne eingehend besprochen. Sie hatten die Absicht, über Wien und Triest nach dem Orient zu gehen, und Eduard hoffte im stillen, daß Karl sie begleiten werde, er wollte seinen Vater um das Reisegeld für den Freund und Frau Brinken um ihre Einwilligung zu dieser Reise mit Bitten befürmen. Vorläufig sagte er jedoch nichts davon, nicht einmal mit Karl sprach er von seinen Plänen.

So kam der wichtige Tag des Examsens heran. Eduard war still und ernst, Karl zuversichtlich und wohlgenut, als sie gemeinsam den Weg zum Gymnasium zurücklegten.

Nach hängen Stunden der Erwartung und des Hartens, welche sowohl dem Senator Römer, wie auch der Frau Doktor Brinken endlos lang erschienen, lehrten die jungen Leute heim. Beide hatten das Examen gut bestanden.

Man hatte den Abend froh miteinander im Römerschen Hause verleben wollen, aber zwei Briefe, welche der Senator im Laufe des Tages erhielt, fielen wie ein bitterer Tropfen Bittern in den Becher der Freude.

Der eine Brief war vom Grafen Paul Orlovsky, der andere ohne Unterschrift von unbekannter Hand.

Das anonyme Schreiben lautete: „Geehrter Herr Senator! Ein Unbekannter, welcher sehr genau unterrichtet ist, warnt Sie vor Ihrem Schwiegervater, dem Grafen Orlovsky! Er ist leichtsinnig und unwahr, sein Gut ist tief verschuldet, seine Vermögensverhältnisse zerrüttet. Im Hazardspiel versucht er sein Glück, gerät aber immer tiefer in Schulden. Seine Frau hintergeht er, sie ist blind in Bezug auf seine Fehler. Also nochmals: Lassen Sie sich warnen!“

Diese Zeiten, welche auf dem Kuvert den Poststempel „Warschau“ trugen, gaben Herrn Römer viel zu denken. Wenn er auch im allgemeinen der Ansicht war, daß man auf anonyme Zuschriften kein großes Gewicht legen dürfe, so stimmten doch die Angaben dieses unbekanntem Schreibers leider mit den Befürchtungen zusammen, welche er schon seit längerer Zeit in Bezug auf seinen Schwiegervater hegte.

Mit zitternder Hand erbrach er jetzt dessen Brief und las: „Mein sehr verehrter Herr Schwiegervater! Sie werden sich wundern, von mir selbst ein Schreiben zu erhalten, da bisher Hildegard die Ueberbringerin gegenseitiger Grüße und Mitteilungen zwischen uns war. Heute führt mich jedoch ein ganz besonderes Anliegen zu Ihnen und ohne weitere Umschweife will ich mich direkt an Sie wenden, in der festen Ueberzeugung, daß Sie Ihren Kindern gern mit Rat und Tat beistehen werden. Daß wir die Wintermonate in Warschau verbrachten, haben Sie durch meine Frau erfahren, jetzt sind wir wieder daheim, doch bei meiner Rückkehr nach Warschau ist es mir klar geworden, daß ich verschiedene größere Reparaturen und Verbesserungen an Wirtschaftsgebäuden usw. nicht länger verschieben darf. Da ich augenblicklich nicht in der Lage bin, aus eigenen Mitteln die Kosten dieser Bauten zu bestreiten, so bitte ich Sie im Vertrauen auf Ihre Güte um ein Darlehn von zwanzigttausend Talern, die ich Ihnen gern mit fünf Prozent verzinsen will, bis ich, wie ich bestimmt hoffe, bald im Stande sein werde, Ihnen das Kapital zurückzuzahlen. Ganz besonders würden Sie mich zu Dank verpflichten, wenn Sie mir die Gelder so bald wie möglich zukommen lassen, da ich beim Beginn der besseren Jahreszeit die nötigen Bauten in Angriff nehmen möchte. Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlfinden und vielen Grüßen von Hildegard und mir bin ich Ihr ganz gehorsamer Schwiegervater Paul Graf Orlovsky.“

Mit gesenktem Haupte sah Herr Römer vor diesem Schreiben und trübe Bilder von Sorge und Unglück stiegen grauen Nebeln gleich vor seinem inneren Auge auf. Selbst wenn er die anonyme Warnung nicht kurz vorher erhalten hätte, würde ihm diese plötzliche Bitte Graf Orlovskys um eine so bedeutende Summe auffallend gewesen sein. Jetzt aber zweifelte er nicht mehr an dem, was er lange befürchtet hatte, sein Schwiegervater war ein Spieler, und Hildegard sah den Abgrund nicht, an welchem sie stand. Schnell war sein Entschluß gefaßt.

bankens, ob dieses Blut auch praktische Erfolge nach sich ziehen werde, ob die Stabilisierung eines Regiments in einem entvölkerten Gebiet, umgeben von Todsünden, der Nähe sich lohnt. Jetzt kommt ein neuer Herr an die Spitze der Verwaltung, es kommt damit aber keine Garantie für eine bessere Verwaltung. Das System Buttammer hat Ziaako gemacht, weil der Träger nicht mehr mitbrachte, als ein Korpsstudent hat, der im Land nicht besser untergebracht werden konnte. Wir wissen nicht, was nachkommt. Die Kolonien können sich besser entwickeln, wenn sie besser verwaltet werden.

Die auswärtigen Verhältnisse haben sich wieder merklich zugespitzt. Es fehlt an einem Gegenstand für einen Krieg und doch ist fortwährend die Vorstellung von der Möglichkeit eines Kriegs vorhanden. Das ist ein ungesunder Zustand. Ich will mich nicht auf den idealen Standpunkt stellen, daß es keine Kriege mehr gebe, aber Kriege ohne große Interessen sind nicht denkbar. Was würde der Kampfspreis bei einem Krieg zwischen England und Deutschland sein. Hätte es für England einen Sinn, einen Fegen von Deutschland zu nehmen oder umgekehrt? Und werden kaufmännische Rivalitäten durch Kriege und nicht durch kaufmännische Tächtigkeit entschieden? Wir können allerdings nicht sagen, daß unsere Reichsregierung es verstanden hätte, durch Lösung ideeller Probleme Sympathien für Deutschland bei anderen Völkern zu erwecken, die wertvoller wären als Schiffe und Kanonen. Damit kommen wir zu einer anderen Frage. Aus den Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters White erfahren wir, daß bei den Verhandlungen über die Schiedsgerichtsverträge der amerikanischen Gesandte sich große Mühe gegeben hat, die Abneigung Deutschlands bezw. seines Oberhauptes gegen Schiedsverträge zu besiegen und daß er seine Bewunderung ausgesprochen habe, daß Niemand dem Kaiser die Augen öffne über die Unsumme von Groll, die sein Verhalten gegen Deutschland herausbeschwöre. Darauf antwortete ein Diplomat: Sie haben recht, nur existiert in Deutschland kein Minister, der den Mut besäße, dem Kaiser so etwas zu sagen. (Bewegung). Das Gefühl hatten wir allerdings schon lange, daß wir seit Jahrzehnten keinen Minister mehr haben, der den Mut hat, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen. (Lebhafte Zustimmung). Der deutsche Kaiser will selber Politik machen. Was ist die Wirkung dieser Politik? Daß wir an Sympathie arm sind in der Welt. Die fortgesetzte Verhufung auf Krupp und Mauser war nicht imstande uns Sympathien zu erwerben. Da kam die Schiedsgerichtsfrage und da hätte Deutschland beweisen müssen, daß es nicht hinter anderen Mächten zurückstehe. Und nun lesen wir, daß die anderen Länder vorangegangen sind und daß Deutschland, geführt von seinem Kaiser, Widerstand gegen eine Einrichtung gezeigt hat, die einen kulturellen Fortschritt bedeutet hätte. Es ist schmerzlich, daß diese Dinge uns belehren, daß nicht überall volles Verständnis über den Wert jener kulturellen Entwicklung vorhanden ist.

Auch den Reichstag dürfen wir an Schuld nicht frei sprechen. Gerade wenn ein solcher Zustand vorhanden war, mußte von ihm eine einheitliche Kraft ausgehen, die dem verantwortlichen Minister die Pflicht auferlegt hätte, ein wirklich verantwortlicher Minister zu sein. Was tut dagegen der Reichstag? Er zersplittert sich seit Jahren, nach dem alten Prinzip der Herrscherteile und herrsche. Was ist nötig, um diesem Zustand ein Paroli zu bieten? Ein einheitlicher Wille in der Opposition, eine Opposition, die nach einem bestimmten Willen Politik macht, die die öffentliche Meinung auf die Punkte lenkt, die aufgelöst werden müssen. Eine solche Opposition würde stark sein und würde bald die Mehrheit haben. Was sehen wir dagegen? Die Sozialdemokratie stellt sich grundsätzlich auf einen anderen Boden, sie verfolgt den doppelten Zweck, gegen die Regierung und gegen die anderen Parteien zu stehen. Sie will immer einen Trumpf in der Hand haben, um dem Freunde, mit dem sie heute stimmt, morgen sagen zu können: „Du bist auch ein schlechter Tropf.“ (Heiterkeit und Beifall). Mit diesen Mitteln können große Massen gesammelt, aber keine parlamentarischen Erfolge erzielt werden. Die Folge ist, daß die Massen nichts erreichen, und die andern auch nichts. Nur Bülow und das Zentrum können mit dieser Politik zufrieden sein.

So wenig Hoffnung für den Augenblick vorhanden ist, daß diese Verhältnisse geändert werden, so darf man doch nicht zu dem Gedanken sich bekennen, allen Widerstand aufzugeben. Die Zeit wird kommen, wo die Fieber sich rächen und der Wunsch nach einer demokratischen Richtung in Deutschland so laut wird, daß sein bestimmender Einfluß sich durchsetzen muß. Für diese Zeit müssen wir arbeiten, müssen wir uns schulen. Nur durch fortgesetzte Schulung und Konzentration der Gedanken erhält man die Kraft, andere zu überzeugen.

Der Gegensatz zwischen unserem Regime und dem eines demokratischen Staates zeigt sich bei der Königswahl in Norwegen. Die Nordd. Allg. Ztg. bringt einen Artikel im Hosiil, der Minister Michelsen aber empfängt den König Haakon auf norwegischem Boden mit den Worten: „einfach und schlicht wie die Norweger denken, sollst Du Dein königliches Wirken ausüben.“ Ich glaube, daß in dem Augenblick in Deutschland glücklichere Zustände kommen werden, wo ein Staatsminister zu Kaiser Wilhelm sagen würde: „einfach und schlicht wie wir Deutschen denken, sollst Du Dein königliches Wirken ausüben“, und wenn dieses Staatsministers Mahnung auf einen fruchtbaren Boden fallen würde. (Stürmischer langanhaltender Beifall).

Erster Deutscher Städtetag.

Im PlenarsitzungsSaale des preussischen Abgeordnetenhauses trat Montag früh um 10 Uhr der erste Deutsche Städtetag zusammen. Anwesend sind die Vertreter fast sämtlicher größeren Städte Deutschlands (mit mehr als 25.000 Einwohnern), die bereits beschlossen haben, dem heute zu begründenden „Deutschen Städtetag“ als Einzelmitglieder beizutreten. Aus vielen Städten sind die Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzer

an der Spitze einer Reihe weiterer Delegierten erschienen. Neben der Konstituierung des Deutschen Städtetags bildet den Hauptpunkt der Tagesordnung die Fleischsteuerungsfrage, die auch den Anstoß zur Einberufung gegeben hat.

Zu diesem Punkt unterbreiten die Referenten Oberbürgermeister Körte (Königsberg i. Pr.), Reichstagsabgeordneter Syndikus Dr. Dove (Berlin) und Magistratsrat Dr. Besh (München) folgende Leitfäden zur Fleischsteuerungsfrage:

1. Es besteht zurzeit in Deutschland eine ganz außergewöhnliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren alsbaldiger Beseitigung alle Kreise des Volkes, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, ein dringendes Interesse haben.

2. Die Ursache solcher Teuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Wachstum der Bevölkerung gegenüber nicht stetig imstande ist, den inländischen Bedarf an Fleischnahrung zu decken, insbesondere nicht nach den erfahrungsgemäß sich wiederholenden Mindernten in Futtermitteln. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischsteuerung abgibt, kann als zutreffend nicht anerkannt werden.

3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs ist deshalb der Rückgriff auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Seuchengesetzes für die einheimischen Viehbestände geboten.

Die bestehenden Einfuhrverbote und Erschwerungen überschreiten zum Teil das durch die Gesetzgebung im veterinären und sanitären Interesse vorgesehene Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugelassen ist, unwirksam zu machen.

4. Von den vorgeschlagenen Abhilfemitteln kann die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen, dauernden Beseitigung der Fleischsteuerung nicht angesehen werden.

5. Dagegen erachtet der Deutsche Städtetag als geeignete Mittel gegen die Fleischsteuerung die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande — unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen — zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern,

die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Beseitigung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwerungsmaßnahmen, die Einfuhr ausländischen Bäckfleischs und sonstiger Fleischwaren,

die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futternot.

6. Der Deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungsfrage durch die maßgebenden Instanzen des Reichs und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.

Unter den Anwesenden befindet sich eine größere Zahl von Abgeordneten, von den Freisinnigen die Reichstagsabgeordneten Götthein, Dove und Eichhoff, die Landtagsabgeordneten Rosenow, Kreitling und Cassel, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ehrhardt, Ulrich, Eichhorn, Dr. Südekum, Singer.

Oberbürgermeister Kirchner, Berlin eröffnete die Versammlung mit dem Kaiserhoh, worauf Reichstagsabgeordneter Syndikus Dove über die Frage der Fleischversorgung der großen Städte und die bestehende Fleischsteuerung referierte. Die Hauptpunkte des Referats bestanden in folgenden Feststellungen: Die Fleischsteuerung laste ganz besonders schwer auf den Schultern der unbemittelten Klassen. Es sei das um so beklagenswerter, als dadurch eine Unterernährung der Bevölkerung eintrete. Bekanntlich gehen die Löhne mit den gesteigerten Preisen nicht Hand in Hand. Eine Lohnerhöhung werde zu meist erst in bisweilen langwierigen Lohnkämpfen erreicht, die wiederum eine wirtschaftliche Störung verursachen. Es sei nun einmal nicht abzuleugnen, daß die Viehproduktion hinter der Vermehrung der Bevölkerung zurückstehe. Die Schließung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh habe es nicht vermocht, die Viehsuchen in Deutschland zu beseitigen. Eine zehntägige Quarantäne für das aus dem Auslande eingeführte Vieh sei ausreichend, um jede Gefahr einer Seucheneinführung zu beseitigen. Im übrigen sei in Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien und Holland die Viehsuche vollständig, in der Schweiz nahezu erloschen. Aber auch die Einfuhr aus Rußland sei unter den üblichen Vorsichtsmaßnahmen vollständig gefahrlos. Aus diesen feststehenden Tatsachen gehe hervor, daß ganz andere Gründe als die Gefahr der Seucheneinführung zur Schließung der Grenzen maßgebend waren.

Der zweite Berichtshatter Oberbürgermeister Körte-Königsberg führte als Beweis für den Mangel an Schlachtvieh besonders die ostpreussischen Verhältnisse an. Der Preis für Schweinefleisch sei in Königsberg im letzten Jahre um 16 Proz., der Preis für Rindfleisch um 30 Proz. gestiegen. Im benachbarten Rußland sei dagegen Vieh im Ueberflusse vorhanden. In den russischen Grenzstädten seien die Fleischpreise um 200 bis 250 Proz. niedriger als in den preussischen Grenzstädten. Ein Landwirt habe ihm gesagt, er verkaufe sein Vieh am liebsten an Händler, da er von diesen die besten Preise erhalte. Es sei auf das genaueste nachgewiesen worden, daß von einer künstlichen Verteuerung etwa durch die Fleischer nicht die Rede sein könne. Lediglich die hohen Viehpreise haben die hohen Fleischpreise bewirkt. Bei dem Vorschlag den Zwischenhandel auszuschalten, und in den Städten Organisationen zu schaffen, wonach das Vieh von den Produzenten direkt bezogen, geschlachtet und das Fleisch dem konsumierenden Publikum zugänglich gemacht werden sollte, vergesse man, daß solche Einrichtungen ungeheure Kosten verursachen. Die Rede schloß mit einem lebhaften Apell an die Regierung, dem Koststand ein Ende zu machen.

Als dritter Referent beleuchtete dann noch Magistratsrat Dr. Besh-München die bayrischen Verhältnisse. Der Redner kam zu den gleichen Schlüssen wie Körte.

In der Debatte vertrat gegenüber der Mehrheit Bürgermeister Wadehn-Weissenfels als einziger Gegner seinen abweichenden Standpunkt. Der Redner hält die Fleischsteuer für eine vorübergehende Erscheinung und behauptet, daß der Städtetag sich nicht auf streng nationale Boden konstituiert habe. Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter Justizrat Cassel trat dem Redner entgegen und widerlegte seine Ausführungen. An der ferneren Debatte beteiligte sich u. a. die sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer, Berlin und Ulrich, Dörfenbach, denen die Ausführungen und die Leitfäden zu gemäht waren. Die Leitfäden wurden hierauf beinahe einstimmig angenommen. Als Zentralstelle wurde Berlin gewählt. In den Vorstand wurden u. a. Bad-Strasbourg und v. Gauß-Stuttgart gewählt. Ein Festmahl im Kaiserhof bildete den Schluß des ersten Deutschen Städtetags.

Kunstsau.

Getreideeinfuhrscheine. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Dem Bundesrat ist von den Besetzungswürfen zugegangen, der die Auslieferung von Einfuhrscheinen für Getreide nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs betrifft. Danach sollen für die Uebergangszeit vom 1. März 1906 bis Ende Februar 1907 der Wertbestimmung bei den Einfuhrscheinen, die gemäß § 11 des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Hafer, Buchweizen und Spelzhohnen zu erteilen sind, die für Waren dieser Art vor dem 1. März 1906 gültigen vertragmäßigen Zollsätze in Grunde gelegt werden. Nur insoweit, als durch Vorlegung von Bescheinigungen der Zollbehörden nachgewiesen wird, daß Waren der bezeichneten Art nach dem 28. Februar 1906 zu dem alsdann gültigen höheren Zollsatze eingeführt worden sind, sollen für die Wertbestimmung der Einfuhrscheine bis zur Höhe des Zollmeßes der in den Bescheinigungen nachgewiesenen Mengen die vom 1. März 1906 geltenden vertragmäßigen Zollsätze maßgebend sein. Bei der Ausfuhr von Mältereierzeugnissen, die aus den bezeichneten Fruchtarten im freien Verkehr hergestellt worden sind, finden diese Vorschriften entsprechende Anwendung. Dem Bundesrat wird die Befugnis vorbehalten, die Vorschriften des Gesetzes schon vor Ablauf der genannten Uebergangszeit außer Kraft zu setzen. Zur Ausführung des § 12 des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902, welches ferner die Stundung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Kaps und Nüssen sowie für die daraus hergestellten Mältereierzeugnisse ausstellt, hat der Bundesrat bereits dahin Beschluß gefaßt, daß die für Waren dieser Art gestundeten Zölle spätestens am 1. März 1906 einzuzahlen sind.

Aus dem neuen Reichsetat macht die Nordd. Allg. Ztg. weitere Mitteilungen. Für die Expedition nach Südwestafrika werden im außerordentlichen Etat 103,142,100 (mehr 21,801,490) Mark, für die Expedition nach Deutsch-Ostafrika im Extraordinarium neu 1,438,000 Mark ausgeworfen. Der Etat der Reichsschuld sieht bei 2600 M. Einnahmen 127,555,500 Mark fortbauende Ausgaben (mehr 13,945,550) vor, darunter auch die Verzinsung der neuen 254.700.000 M. betragenden Anleihe für 1906. Die gesamte Reichsschuld betrug am 1. Oktober zusammen 354 1/2 Millionen Mark. Vom Etat der Schutzgebiete entfallen auf Ostafrika 11,717,200 (mehr 2,609,248) M. Der Reichszuschuß beträgt 7,059,327 Mark. Der Etat enthält eine Reihe von Forderungen für die Ausdehnung der Zivilverwaltung über das ganze Schutzgebiet von Ostafrika, um Organe der Schutztruppe, die jetzt vorwiegend zu Verwaltungszwecken verwendet werden, für militärische Aufgaben frei zu machen. Die einmalige Ausgabe anlässlich des Eingeborenen-Aufstandes ist auf M. 1,238,860 bemessen. Kamerun erfordert einen Reichszuschuß von 3,252,095 (mehr 871,846) Mark. Für Togo ist auch diesmal ein Reichszuschuß unentbehrlich. Die Einnahmen weisen gegen das Vorjahr ein Plus von 165,396 M. auf. Der Etat für Südwestafrika beziffert sich auf 111,735,300 (mehr 23,394,600) Mark, der Reichszuschuß auf 109,911,500 (mehr 23,281,600) Mark. Die einmaligen Ausgaben anlässlich des Aufstandes belaufen sich auf 102,067,400 (mehr 22,206,900) Mark. Die Ausgaben sind infolge der Verstärkung der Schutztruppe auf 92,888,000 (mehr 15,288,000) Mark bemessen. Die Gesamtstärke der Schutztruppe, ausschließlich Reservisten usw., für 1906 ist auf durchschnittlich 14,500 Köpfe veranschlagt. Für die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes Swakopmund-Windhut, der noch in den Händen des Militärs ist, sind 1,010,000 Mark angelegt. 400,000 M. sind als erste Rate für eine Bahn Windhut-Rehoboth gefordert. Der Etat für Kiautschou ist in Einnahmen und Ausgaben auf 14,398,000 (— 898,000) Mark beziffert. Die eigenen Einnahmen sind auf 798,000 (mehr 162,000) Mark, der Reichszuschuß auf 13,600,000 (— 1,060,000) M. veranschlagt. Für Hafenanlagen sind diesmal 3,410,000 Mark gefordert.

Tages-Chronik.

Berlin, 27. Nov. Der Bund der Industriellen trat heute zu seiner Generalversammlung zusammen. Der Bund hat eine Eingabe beschlossen 1) gegen die gesetzliche Festlegung eines Maximalarbeitstags, 2) gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden, 3) gegen die Lohnzahlungsbücher für jugendliche Arbeiter und 4) für den Erlass zweimäßiger Bestimmungen über die Saison- und Sonntagsarbeit.

Berlin, 27. Nov. Die Insel Saigan auf den Marianen, die am 27. August unter einem schweren Unwetter zu leiden hatte, ist am 8. ds. wieder von einem Taifun heimgesucht worden, der noch größere Verwüstungen als der erste angerichtet hat.

Berlin, 28. Nov. Im weißen Saal des königlichen Schlosses fand heute Vormittag 12 Uhr die feier-